

Landespolitik will auf Schüco einwirken

Quer durch die kommunale Politik gingen Überraschung und Kritik am Aus für das Solarwerk der Firma Schüco in Großröhrsdorf. Ende August sollen sich die Werkstore endgültig schließen. Hoffnung setzten Mitarbeiter in einem Brief auf den öffentlichen Druck von Medien und Politik. Dabei geht es auch um eine angemessene Abfindung. Der CDU-Landtagsabgeordnete Aloysius Mikwauschk sagte jetzt gegenüber der SZ, er wolle in der kommenden Woche auf der politischen Ebene Gespräche mit Schüco erreichen. Der Konzern müsse an seine Verpflichtungen in der Region erinnert werden. So leicht solle Schüco nicht aus der Verantwortung entlassen werden: „Wir müssen alles versuchen. Der Konzern wusste, worauf er sich in Großröhrsdorf einlässt.“ Dabei gehe es um die Mitarbeiter, aber auch um das Werksgelände, für das eine Nachnutzung gefunden werden müsse.

Wirtschaftskontakte nutzen

Kaum Chancen gibt es offenbar für den Freistaat, Fördermittel zurückzufordern, so Aloysius Mikwauschk. Die seien an Sunfilm geflossen und damit verloren. An Schüco selbst seien keine Zuschüsse gezahlt worden. So habe Schüco als Sunfilm-Nachfolger auf dem Gelände keine Verpflichtung gegenüber dem Freistaat. Umso wichtiger sei es jetzt, eine Nachnutzung zu finden.

Bei der Suche nach neuen Investoren kündigte der Kreis seine Unterstützung an. „Wir werden alle unsere Wirtschafts-Kontakte aktivieren, um interessierte Unternehmen für diese Flächen zu finden“, so Landrat Michael Harig. (SZ/ha)